

Die „Weltwacht“ erscheint täglich Morgens um 6 Uhr in der Expedition, Neue Graupenz. 4/8, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 27. 2. 50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6170.

Weltwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellungspreis beträgt für die einjährige Bestelle über deren Name 20 Mark, für Viertel- und Monatsbestellungen 10 Mark. Bestellen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 3 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 227.

Dienstag, den 27. September 1904.

15. Jahrgang

Der Zehnstundentag.

Wie sich die Zeiten ändern! Da bringt die „Sozialpolitische Rundschau“ die Mitteilung, dem Reichstage werde von Seiten der Regierung in der nächsten Session ein Gesetzentwurf, betr. die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages für Fabrikarbeiter, zugehen. Und es erhebt sich kein befriedigender Alarm im deutschen Blätterwald. Die Nachricht wird gemütsruhig hingenommen und man wartet ohne jede Erregung ab, ob sie sich bestätigen wird. Das glauben wir nun freilich kaum. Sollte sie demontiert werden, so würden wir das begreiflich finden. Das Interessante bei der Sache aber bleibt für uns, wie die Mitteilung aufgenommen worden ist.

Vor fünfundsiebzig Jahren noch wäre sie ein Alarmruf gewesen. Da hätte sich die liberale Presse in voller Wut erhoben gegen einen Staat, der sich erdreisten will, mit Zwangsmaßnahmen in die „wirtschaftliche Freiheit“ einzugreifen, wozu er gar nicht berechtigt ist. Die reaktionäre Presse hätte in dem Zehnstundentag und seiner gesetzlichen Einführung eine Förderung des Umsturzes und eine direkt in den sozialistischen Staat hineinführende Brücke gesehen. Einige Zeitungen und einige Gelehrte waren damals für gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit: der bekannte General Steinmeier stimmte im Norddeutschen Reichstag für den Zehnstundentag, weil diese Art Regelung der Arbeitszeit seinem militärischen Empfinden entgegenkam. Aber die öffentliche Meinung hätte den Zehnstundentag für „unmöglich“ erklärt. Das Dummste war den liberalen Demagogen nicht zu dumm, um es gegen sozialpolitische Maßnahmen vorzubringen; man schimpfte damals, der Zehnstundentag sei ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Arbeiter, denn diese müßten arbeiten dürfen, so viel sie wollten.

1877 reichte bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion den ersten Entwurf eines umfassenden Arbeiterschutzes ein, das u. a. auch den zehnstündigen Normalarbeitstag für erwachsene männliche Arbeiter enthielt; für Frauen und jugendliche Arbeiter war ein achtsündiger Arbeitstag vorgeschrieben. Die liberalen Parteien erkannten die „fleißige Arbeit“ der sozialdemokratischen Fraktion an, im Reichstag behandelten sie den Gesetzesentwurf als „Utopie“. Kaiser, Bismarck warf demselben vor, er enthalte „Verstöße gegen die Natur“ in den Bestimmungen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach dem Wochenbett.

Wie anders ist nun das geworden? Die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit ist heute eine sozialpolitische Maßregel, deren Berechtigung kein Mensch mehr bestreitet; man kämpft nur um die Grenze der Arbeitszeit. Sogar der Bundesrat hat im Prinzip zugestimmt, indem er die Arbeitszeit der Bäckergesellen gesetzlich regulierte. Seitdem das Zentrum sich mit „Arbeiterschutz“ beschäftigt und denselben bei seinen demagogischen Künsten verwendet, hat man sich auch auf dieser Seite nicht dem Zugeständnis entziehen können, daß eine ge-

setzliche Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei; man machte kleine Konzessionen, um größere zu hintertreiben und die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung zu verlangsamen, deren Entwicklung zu verhindern, während die Sozialdemokratie ihre Kraft daran setzt, die Regierung vorwärts zu treiben. An hochtönenden Resolutionen hat es freilich das Zentrum niemals fehlen lassen.

Die Forderung des Zehnstundentages ist durch die mächtige industrielle Entwicklung überholt und in den tiefen Schichten der modernen Bergwerksbetriebe ist die achtsündige Schicht schon zu lang geworden. Indessen sind wir der Meinung, daß, wenn wirklich von der Regierung oder von den Mehrheitsparteien der Zehnstundentag beantragt würde, dahinter etwas Besonderes stecken müßte. Sollte die Meldung ein Fühler gewesen sein, wie man in der Arbeiterwelt über ein solches Zugeständnis denkt?

In der sozialpolitischen Gesetzgebung hat sich in neuerer Zeit ein faktischer Stillstand geltend gemacht, trotz der schönen Resolutionen, die von der Reichstagsmehrheit angenommen wurden. Bismarck wollte seinerzeit schon über die drei Versicherungsgeetze überhaupt nicht hinausgehen; die Alters- und Invaliditätsversicherung sollte der Schlüsselstein des Ganzen sein. Die Großindustriellen und die Scharmacher waren während über die sozialistische Gesetzgebung überhaupt; sie habe, behaupteten sie, die Industrie so stark belastet, daß sie dem Auslande gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig sei. In den Regierungskreisen stellte man sich, als nehme man dies leere Gerede ernst. König Stumm kam noch kurz vor seinem Tode zu der Ueberzeugung, daß die Sozialgesetzgebung nur der Sozialdemokratie genützt habe. Man hat gesehen, wie Graf Posadowsky angefeindet wurde, weil er, trotz seiner reaktionären Weltanschauung, nachdem er sich mit den Arbeiterfragen beschäftigt, denselben ein wenig mehr Verständnis entgegenbrachte, als die anderen Staatsmänner der Regierung. Alles in allem scheint in der Regierung kein Zug zu sein, der sie wirklich zur Fortführung und Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung drängt. Wenn nun, im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien, dennoch ein Mal mit einer Vorlage befaßt wird, so wäre das Speck für die Mäuse.

Dem zu gleicher Zeit werden die Angriffe gegen das allgemeine Wahlrecht erneuert und das amtliche Organ der sächsischen Regierung sagt, es sei nur eine Frage der Zeit, daß die berufständliche Gliederung des deutschen Volkes auch die Grundlage für seine politische Vertretung bilden wird.

Wir sind mißtrauisch gegen unverhoffte Zugeständnisse von oben und so könnte man auf den Gedanken kommen, die Einführung des Zehnstundentages solle den Arbeitern die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts erträglich machen und sie über den Verlust desselben trösten.

Derartige Versuche wären ja nicht neu. Der „Herkules“ des Jahrhunderts ist ja mit gutem Beispiel vorangegangen. Nachdem Bismarck die „Reiße“ des Sozialistengesetzes drei Jahre lang geschwungen, glaubte er, den Arbeitern auch „Zuckerbrot“ bieten zu müssen, um denselben die Zustände erträglicher zu machen und sie für seine „väterliche“ Politik zu gewinnen. Noch zu Ende der achtziger Jahre hoffte man fest in den Regierungskreisen, die Wohlthaten der Versicherungsgeetze würden trotz des Sozialistengesetzes die Arbeiter auf die Seite der Regierung ziehen. Daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die sozialpolitischen Einfingergeetze stimmte, verstand sich unter den damaligen Verhältnissen von selbst, wenn auch die bürgerlichen Parteien es heute noch nicht begreifen können.

Niemals hat man sich in einer politischen Berechnung schmählicher gefälscht; die Arbeiter gingen nicht auf den Leim. Die sozialistische Bewegung wuchs mit verblüffender Schnelligkeit.

Sollte heute ein ähnlicher Versuch bevorstehen, sollte man den Arbeitern für ein mangel- und lüdenhaftes Zehnstundengesetz die Beschränkung des Wahlrechts zumuten, so würde man sich in den Wirkungen genau so täuschen. Die klaffenbewußten Arbeiter werden den Zehnstundentag als eine jener kleinen Abschlagszahlungen annehmen, mit denen man sie manchmal mit der Klassenherrschaft zu versöhnen sucht. Einen Wahlrechtsraub aber würden sie darum nicht minder schmerzhaft empfinden und ihre Verblüffung würde nicht geringer sein. Diese alten Spielereien verlangen darum nicht mehr, weil die Arbeiter die Bedeutung ihrer Klassenbewegung und ihrer Organisationen erkannt haben. Sie brauchen keine Wohlthaten, sie fordern ihre Rechte, und darum können solche demagogischen Kunststücke auf sie keinen Eindruck mehr machen.

Das mag man sich in den „höheren Regionen“ gefaßt sein lassen. H. E.

Japan und Rußland.

Augenblicklich stehen die Kämpfe um Port Arthur wieder einmal im Vordergrund des Interesses, da es den Japanern gelungen sein soll, wichtige Eroberungen zu machen. Wie wir gestern schon unter „Neueste Nachrichten“ mitgeteilt haben, sollen sie sich in dem Besitz von sechs Forts in der zweiten Verteidigungslinie gesetzt haben. Nach der „Frankf. Zig.“ sollen sie bis auf vier Kilometer vor Port Arthur vorgedrungen sein. General Stöfel hat befohlen, die beschädigten Forts wiederherzustellen und in einiger Entfernung zu interminieren. Die Erreichung des Forts Erlungshan durch die Japaner war dadurch möglich geworden, daß japanische Spione die Drähte der Minenleitung zerschnitten hatten. Ueber das Ergebnis des letzten Sturmes der Japaner auf Port Arthur beobachtet der russische Generalstab dem „Bureau Gerold“ zufolge strenges Stillschweigen.

Vox populi.

Roman von Konrad Telmann.

66] (Stets und verboten)

Die länger fern Gewesenen wollten zwar bemerken, daß Graf Eberhard in diesem Sommer merkwürdig gealtert sei und daß man die kargen, nervösen, ängstlichen Mienen, die sich jetzt in seinen Augen spiegeln, niemals vorher bemerkt habe. Aber man wollte es nicht zugeben, man fand ihn gerade heute wieder bezwingend liebenswürdig; er war und blieb eben doch einzig in seiner originellen Art. Nebenbei mochte es ja auch mancherlei Dinge geben, die ihm zu schaffen machten, die einen anderen, als ihn, sogar hart mitgenommen hätten. Nur daß eben er eine Natur war, die sich von alledem und von noch Schlimmerem durchaus nicht anfechten ließ, an der das alles abglitt. Darin war er ja gerade so bewundernswert.

Verluste hatte er zweifellos gehabt, sogar sehr namhafte Verluste. Man konnte ihm die nachweisen. Die Herren, die an der Börse heimlich waren, die Habitués der Kuffen, die Stammgäste von Dreißel — alle mußten darum. Das Gen-Theater war nach kurzer Blüthezeit schmachvoll verdrückt. Die unangenehmsten Dinge waren dabei zum Vorschein gekommen, und die Aktionäre hatten alle Hände voll zu tun gehabt, um sie nur einigermaßen zu vertuschen. Es war sehr viel Geld dazu nötig gewesen, ungläublich viel Geld. Und bei dem großen Vermögensverlusten Konrads, dieser allerneuesten Skandalgeschichte Berlins, war der Graf zweifellos ebenfalls beteiligt. Daß da keine fünf Prozent für die Gläubiger abfallen würden, stand schon jetzt fest, und die Depots waren angegriffen worden. — Kommerzienrat Vornthal saß in Untersuchungshaft, derselbe Mann, der noch im letzten Winter die üppigsten Feste der Saison gegeben hatte und wertvollere Pferde besaß, als der berühmte Sportsmann Freiherr von Koppen.

Man konnte sich an den fünf Fingern abzählen, daß Graf Eberhard in die Klemme geraten war — wieder einmal! — und seine weiteren Engagements konnte man noch nicht einmal. Aber er hatte ja immer noch tante Sara an der Seite, diese famose tante Sara, die ihm wahrscheinlich schon oft aus der Patsche geholfen hatte und sicherlich auch diesmal wieder helfen würde. Er brauchte sich's nicht allzu sehr zu Sorgen nehmen.

Tante Sara war übrigens immer krank. Man sah sie schon seit langem nicht mehr. Jeder, der nach ihr fragte, erhielt abschließend die stereotypische Antwort: „Krank, recht krank.“ Was ihr eigentlich fehlte, wußte keiner. Es kümmerte auch niemanden sonderlich. Man erfuhr nur, daß Professor Bollner sie behandelt, sie war also in den besten Händen. Gerüchtheilweise verlautete, sie habe ihrem angebeteten Grafen Eberhard so viel Geld hingepfunden, daß es an ihrem Leben gehre; seine unheilbare Verschwendungssucht, der tolle Verschleiß, in dem er's mit dem jüngsten Leutnant anfaßt, und die Grönat's, das sie ihm nichts weiter sei, als die „mitte des Raub“,

— das sei ihre ganze Krankheit, das allein. Und deshalb schene sie sich auch, einem anderen Menschen ins Auge zu sehen; sie schämte sich einfach.

Daß dem Grafen ihr dauerndes Fernbleiben und das ewige Fragen nach ihr mit der Zeit peinlich wurde, konnte man ihm schwerlich verdenken. Es hand in seinem Hause überhaupt nicht alles mehr so, wie sonst. Ein Wunder wolle's gar nicht gewesen, wenn er nervös geworden und rascher gealtert wäre über alledem, was die letzte Zeit gebracht. Man wollte es aber nun einmal nicht Wort haben, daß es so sei. Er war eben der ewig Junge, dem das Leben nichts anhaben konnte, dieser Graf Eberhard.

Aus seiner Tochter wurde kein Reuech mehr aus. Es hieß sogar, sie und der Vater, früher ein Herz und eine Seele und sicherlich zwei sehr verwandte Naturen, wären völlig miteinander zerfallen. Ein wahrer Schwarm von Gerüchten über die Gründe dafür durchschwirrte die Gesellschaft. Komtes Wera, hieß es, solle Professor Wollner heiraten und sei durch keine Macht der Welt dazu zu bewegen. Sie wolle überhaupt nicht heiraten. Der Graf aber wünschte sie verheiratet zu sehen und verspreche sich außerdem durch die Verbindung mit dem Leibarzt seiner Erzherzogin allerlei Vorteile; er selbst wolle, sowie seine Tochter glücklich untergebracht sei, noch einmal wieder heiraten, und überdies erscheine ihm die Idee der „originellsten“, die seine Tochter je machen könne. Es bestrebe also da ein tiefgehender Konflikt.

Andere wollten wissen, daß Komtes Wera eine unglückliche Liebe zu Siegmund Otterstädt gehabt habe und daß dessen schwere Verwundung im Duell mit Jürgen von Wahlen sie tiefstimmig gemacht habe. Es fehlte sogar nicht an solchen, die im Gegenteil behaupteten, Jürgen von Wahlen sei vielmehr der Gegenstand ihrer Schwärmerie gewesen und sein Tod habe ihr das Leben vergällt. Wieviel von alledem richtig war, ließ sich gar nicht feststellen. Aber daß Komtes Wera seit Wochen und Monaten verändert war, daß sie menschenfremd geworden war, unzugänglich, nervös, launisch, wußte alle Welt. Es war eigentlich gar nicht mehr mit ihr auszukommen, sie sagte einem in ihrer scharfen Kanter Dinge, die man sich von Rechts wegen nicht hätte gefallen lassen sollen, sie schonte nichts und niemanden mehr und man konnte über ihre düssigen Ausfälle nicht mehr lachen.

Im „Handbuch“ war man heute über diese und die übrigen wichtigen Fragen so geteilter Meinung wie nie. Die Herren waren zum ersten Mal seit Monaten wieder vollständig beisammen und debattierten sehr lebhaft. Man mußte der Reihe nach alle hervorgerufenen Ereignisse seit dem Frühommer vornehmen, und wieder „aufs laufende zu kommen“, und Justiz- und Stöling schlug sogar vor, die parlamentarische Geschäftsordnung für diesen Abend zu akzeptieren, da sonst in dem allgemeinen Nebewirrwarr gar nicht durchzukommen sei. Prinzipiell wurde das auch von der Tafelrunde genehmigt, die Gemüter waren aber adseitig so erhit, und es fand sich jeder Explosionsstoff vor, daß es bei dem guten Vorlat blieb.

Nur darin waren alle so ziemlich einig, daß man Siegmund Otterstädt jetzt wieder als „gesellschaftsfähig“ ansetzen könne, soweit

das bei einem Manne der „faktischen Opposition“ überhaupt in Frage kam. Er hatte sich durch das Duell mit Wahlen wieder „herausgeputzt“. Kein Mensch hätte ihm das zugetraut. Es war durchaus „schneidig“ gewesen und zugleich das einzige Mittel, um sich zu rehabilitieren. Der Major von Kiehe mochte das immerhin eine „jüdische Schlaubheit“ nennen, die gar nicht auf ehelicher Liebeszeugung oder Verehrung beruhe, sondern einfach das Mittel wieder einmal den Zweck habe heiligen lassen, und der Bankier Friedenthal einigte über die „hallöse Intonierung“ räsonnieren, die sich in Otterstädt's Nachmen dokumentieren und so recht eigentlich die Signatur unserer Zeit sei; anerkennen mußten doch auch sie, daß man jetzt eigentlich keinen Grund mehr habe, den Werra zu „schneiden“. Obgleich war es ja jetzt nachträglich zweifelhaft geworden, ob der ältere Wahlen damals wirklich sich erhoffen habe, weil Siegmund Otterstädt sich nicht mit ihm hatte schlagen wollen. Schon seit Frau Wollner von Wahlen so rasch nach dem Tode ihres Mannes Boris von Werra geheiratet hatte, unmißbar man allerlei. Daß das junge Paar von Werra aus, wo in aller Stille die Trauung stattgehabt hatte, direkt nach Kalkutta gegangen war, wo Boris von Werra russischer Generalkonsul geworden, erzählte sogar einen häßlichen Vorfall. Man sprach neuerdings nicht gern mehr von diesem Paar „da hinten in Indien“.

Der Anlaß zu dem Zweikampf zwischen Siegmund und Jürgen von Wahlen war übrigens nicht völlig klar gestellt für die Tafelrunde des „Handbuch“. Die beiden Brüder Welsberg bewachten absonderliches Schweigen darüber. Und von Leutnant Luger, der seit seiner unvorsichtigen Reiseliste in „Jail Wollner“ als gebranntes Kind das Feuer schenkte, erfuhr man auch nicht mehr, als die letzten Zeitungsberichte bei Gelegenheit der gerichtlichen Verhandlung über den Fall gesagt hatten. Nur daß es sich da um Air von Welsberg handelte, stand fest. Nebenabnehmer um deren Gußf waren die beiden ja von jeher gewesen. Nun sollte es das Mädchen trotz ihrer Verlobung mit dem einen hinter dessen Rücken doch mit dem anderen gehalten haben, — unbegreiflich genug; sogar von einem Stillschweigen wurde gefordert, das sie ihm gewährt hätte, um ihm noch eine letzte Ansprache zu ermöglichen, und bei dem sie dann von ihrem Verlobten überrascht worden war. Air von Welsberg erschien jedenfalls bei dieser Affäre kompromittiert, trotzdem ihr Name in der Gerichtsverhandlung überhaupt gar nicht genannt worden war. Das war offenbar nur aus Delikatesserie vermieden worden, die man Siegmund besonders anrechnen durfte. Die Sympathien für dies Fräulein von Welsberg, das sich so spröde und hochmütig von allem zurückzog und in der Gesellschaft kaum je zu sehen gewesen war, waren niemals sehr groß unter den Leuten gewesen. Sie bildete sich offenbar ganz etwas Extra's ein. Die jungen Herren traten ja womöglich alle, als es so eine nicht zum zweiten Male auf Erden herumliefe, so ein wenig schamlos an. Man war ganz froh, ihr einmal etwas anhängen zu können, sie erließ einmal in ihrer weichen Gestalt etwas zu haben. Nun konnte ja Othmar von Welsberg, den geschicktesten Affessor, heiraten, die Auswahl hatte sie, das mußte man ihr lassen. Wenn die Freier jetzt nicht etwa doch ein bisschen zufrieden geworden waren!

(Fortsetzung folgt.)

Deshalb ist auch die folgende aus chinesischer Quelle stammende Meldung über

Die letzten Kämpfe vor Port Arthur

nicht genau zu kontrollieren. Sie lautet:

Die Japaner eroberten in den Kämpfen bei Port Arthur vom 15. bis 21. September mehrere wichtige Stellungen. Sie gaben ihre Verluste in den drei Tagen auf wenigstens 3000 Mann an, nach russischen Berichten sollen dieselben jedoch auf das Dreifache sich belaufen. Der größte Erfolg liegt in der Wegnahme des Kurapatkinforts, welches die Wasserleitungen schützte. Am 20. September wurden die Garnison und die Einwohner, die in den letzten Wochen in verhältnismäßiger Sicherheit gelebt hatten, vor Tagesanbruch durch das Feuer der Japaner geweckt, das auf der ganzen Front der westlichen Front begann. Schließlich gingen die Japaner zum Sturm über, der mit der Einnahme von drei bedeutenden und sechs weniger wichtigen Forts endete. Die Beschießung dauerte ununterbrochen fort. An mehreren Punkten hatten die Japaner schwere Artillerie aufgestellt. Das Artilleriefeuer des Kurapatkinforts ließ während des Bombardements allmählich nach und als die Japaner zum Sturm vorgingen, fiel ganz das Kurapatkinfort für die Zwecke der Hauptbeschießungen gehörte, wird durch seine Einnahme Ortungsgeschäften nicht bedroht. Nachmittags 5 1/2 Uhr nahmen die Japaner die Jichwan beherrschenden Nebensforts. Die Russen machten wiederholt Anstöße. Während der folgenden Nacht dauerte die Beschießung, die sich hauptsächlich gegen die drei Reiten westlich von Jichwan gelegenen Nebensforts richtete, fort. Auch Jichwan selbst wurde nachdrücklich beschossen. Allmählich ließ das Feuer nach, worauf die Japaner zum allgemeinen Sturm voringen, bei dem sie auf hartnäckigen Widerstand stießen. Das Feuer der Gewehre und Maschinengewehre richtete große Verwundungen unter den Japanern an, welche die Gräben überbrückten und die Trichtertürme niederstießen. Endlich brangen die Japaner in das Fort Jichwan ein, wobei ein heftiger Kampf Mann gegen Mann entbrannte. Da die Japaner in der Höhezahl waren, unterlagen die Russen. Der Kampf hörte nicht eher auf, als bis sämtliche Beschießer getötet und verwundet waren. Mithiniger Sachverständiger äußern ihre Ansicht dahin, wenn die Japaner Ortungsgeschäften, Artillerie, Jichwan und Aufschau nehmen sollten, die Lage von Port Arthur hoffnungslos sein würde.

Die vorstehende Nachricht überbrachte ein sehr glaubwürdiger Chinese, der Port Arthur am 21. September verlassen hat. Er weiß nicht, ob die Beschießung am 25. September wieder aufgenommen wurde, doch von Dschinan wird berichtet, daß das Bombardement in diesen Tagen nur sehr schwach gewesen sei. Auf einem Dampfboot aus Datsch eingetroffenen Russen behaupten das Gerücht, daß am 24. September ein heftiger Kampf stattgefunden habe.

Die Lage in der Mandchurie.

Wie General Sacharow dem Generalstab unter dem 25. September meldet, näherten sich nach Abteilungen des Gegners in den letzten Tagen dem Rautallpaß, doch gelang es ihnen nicht, den Paß einzunehmen, da die Bergbewehrung Widerstand leistete. Auf der Südfront verhält sich der Gegner vorläufig passiv. Täglich finden Bergschneefälle und Schneestürme statt.

Die Beschießung der russischen Truppen in der Mandchurie ist die wichtigste Meldung vom Kriege, die der vergangene Sonntag gebracht hat. Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist der Generalkommandant des Wilnaer Militärbezirks, Generaladjutant und General der Infanterie Gripenberg, zum Kommandierenden der zweiten Mandchurien-Armee ernannt worden. Aus diesem Anlaß richtete der Kaiser an ihn folgendes Schreiben:

Die kühnste Ausdauer, mit der Japan den Krieg führt und die von den japanischen Truppen bewiesene Fortschrittskraft sowie ihre hohen kriegerischen Eigenschaften regen mich an, die Streitkräfte auf dem Kriegstheater bedeutend zu vergrößern, um in möglichst kurzer Zeit entscheidende Erfolge zu erzielen. Da dadurch die Zahl der Truppenübungen eine Höhe erreichen wird, bei welcher der Befehl in einer Armee nicht zu halten ist, habe ich für eine bessere Verwaltung und für die zu bewerkstelligende und Verwirklichung der Truppen habe ich für nötig erachtet, die für die Aktion in der Mandchurie bestimmten Truppen in zwei Korps zu teilen, indem ich das Kommando einer derselben in den Händen des Generaladjutanten Generalis Simonsen bleibe und die zum Kommandieren der zweiten Armee ernannt. Die langwierigen Dienst, die Kriegstheater und Ihre verantwortliche Erfahrung in der Kriegsbildung der Truppen gibt mir die volle Gewissheit, daß Sie, bei alledem die Befehle der Oberbefehlshaber folgend, zur Erreichung der Zwecke des Krieges erfolgreich die Truppen anzuordnen werden werden, welche unter Ihrem Befehl die ihr eigene Mandchurien und Sibirien befehligen. Ich bleibe Ihnen unerschütterlich wohlgenegen.

Ferner soll, damit Simonsen seine Truppen besser in der Hand haben kann, dessen Armee verringert und in drei Unterabteilungen gegliedert werden.

Seine Kriegsnachrichten.

Der nächste Winter. Am 15. d. M. fand unter dem Vorsitz des Herrn von Schönerer eine Sitzung statt, an der u. a. teilnahmen: der Oberkommandant der russischen Armee, Generalis Alexander Kurapatkin, der frühere Direktor des für die geschlossenen Truppenübungen für Oberbefehlshaber, Generalis Alexander Michailowitsch, Graf von Sadowitz, der Generaladjutant Sacharow und noch andere 5 hohe Würdenträger. Die Sitzung begann mit dem Bericht des Herrn von Schönerer über die im Laufe des Jahres 1904 erzielten Erfolge von 450,000 Mann in der Mandchurie, worauf die Besprechung der Kriegsnachrichten überging. Die Sitzung wurde von dem Generalis Sacharow geleitet, der die Besprechung in der Mandchurie bis heute Jahreszeit ist, weil deren die Wege am günstigsten sind. Der Schluß ist nichtig, die Rufe zum hochgradigen, aber nicht unüberwindlichen, so lange die Wege sind. Die Sitzung ist für den nächsten Winter so wichtig, daß am Tage der Besprechung keine Beschlüsse gefasst werden.

Das kaiserliche Schreiben soll nach Berliner Blättern nunmehr bekannt sein. Am 3. und 7. Oktober abgeben. Nach dem Empfang des Prinzen Karl von Sachsen in Japan nach der „Standard“ vom 21. September aus Tokio: Der Prinz wird einige Zeit als Gast des Kaisers im Palaste verweilen, bevor er sich zur Heimreise begeben wird. Die kaiserliche Besuche des Prinzen bei der Gelegenheit des Besuchs des Kronprinzen in Japan und Deutschland. Besonders bemerkenswert ist die Besuche des Prinzen, der bisher hauptsächlich gegen Deutschland war. Die Besuche der Prinzen, die bekannt ist, daß die Kaiserin des Prinzen in nächster Zukunft in Japan zu sein wird.

Zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld, das müssen jetzt auch die Japaner erfahren. Die japanische Regierung erdriete dem Vernehmen nach in der Kabinetsitzung am Mittwoch die Frage der Beschaffung von Geldmitteln für das kommende Rechnungsjahr und beschloß, ein Salzmonopol und eine Seidensteuer einzuführen.

Die in Russland herrschende Korruption wird wieder einmal groß beleuchtet durch folgende Meldung: In Petersburg Militärkreisen hat die Enthüllung, daß durch die Schuld eines höheren Verwaltungsbeamten viele Torpedos anstatt mit Pulver mit Sand gefüllt waren, peinlich berührt. 17 Waggons waren mit solchen Torpedos beladen. Die Herstellung eines mit Pulver gefüllten Torpedos kostet 600 Rubel.

Politische Hebericht.

Zentrum und Wahlrecht. Als in den letzten Monaten der Verdacht ausgesprochen wurde, daß an der Verschwörung zur Beseitigung des Reichstagswahlrechts auch das Zentrum beteiligt sei, wurde diese Vermutung mit Entrüstung zurückgewiesen. Man darf auch wohl annehmen, daß wenigstens ein Teil der Zentrumsabgeordneten dem Reichstagswahlrecht nicht in dem Maße feindlich gesinnt sei, daß zur Zeit auf ihre Zustimmung zum Wahlrechtsraub gerechnet werden könnte. Beruht doch die Macht des Zentrums in der Hauptsache auf dem allgemeinen Wahlrecht, und man darf den schwarzen Füchsen wohl vertrauen, daß sie den Ast, auf dem sie sitzen, nicht selbst ablagern werden.

Droht demnach dem Wahlrecht von der Mehrheit des Zentrums keine unmittelbare Gefahr, so kann leider nicht gesagt werden, daß die Rechte des Reichstags in den Händen der Ultramontanen sicher aufgehoben sind. Waren es doch sogar Angehörige des sogenannten „demokratischen“ Flügels der Partei, die Herren Nischkyler und Gröber, die sich in besonders hervorragender Weise um die Erzielung der Redefreiheit der Abgeordneten verdient gemacht haben.

Es scheint nun, daß die vor 2 Jahren errungenen Erfolge die Macher der Kompagnie reizen, auf dem beschrittenen Wege fortzuschreiten. Anders ist eine Auslassung in dem Herrn Gröber nachstehenden „Deutschen Volksblatt“ nicht zu verstehen. Das Blatt warnt die Freisinnige Vereinigung vor dem Versuch, bei der Beratung der Handelsverträge Obstruktion zu machen, denn die Mehrheit des Reichstags würde diesen Versuch der Obstruktion mit einer Verschärfung der Geschäftsordnung beantworten. Der Abg. Gröber hat bereits einen förmlich ausgearbeiteten Antrag in seiner Mappe, dessen Annahme die Obstruktion im Keime tötet. Der Parlamentarismus, heißt es weiter in dem Artikel, beruht auf dem Majoritätsprinzip, mer die Minderheit des Reichstags zur Herrin des Reichstags machen will, ist der Feind der Demokratie. Wenn Herr Gröber das Majoritätsprinzip so sehr betont, dann wäre es nahelegend, zu fragen, weshalb denn seine Partei nicht dafür eintritt, daß auch bei den Wahlen dieses Prinzip in der Weise zur Geltung kommt, daß im Reichstag wirklich der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes seinen Ausdruck findet. Wir wollen für heute davon ablassen, diesen Gesichtspunkt weiter zu verfolgen und uns darauf beschränken, nachdrücklich zu betonen, daß diese neue Willensäußerung des Zentrums wiederum beweist, daß im Kampf um die Erhaltung der Demokratie die Ultramontanen kein Verlass sind. Im Gegenteil, die Gefahren, welche dem arbeitenden Volke von dieser Seite drohen, sind nicht geringer anzuschlagen, als die offenen Versuche der Junker und deren Verbündeten, das Wahlrecht direkt zu rauben. Die Reaktionen der verschiedenen Richtungen arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Die Ultramontanen bemühen sich, das allgemeine Wahlrecht seines Wertes zu entkleiden, auf daß es nachher um so leichter eine Prente der offenen Wahlrechtsräuber werde. Wenn das Zentrum versichert, daß es für die Beseitigung des Wahlrechts nicht zu haben ist, dann wird man wissen, was man von solchen Versicherungen zu halten hat.

Das dankbare Vaterland. Als ein charakteristischer Beitrag zur Illustration der Art und Weise, wie das Vaterland die Kriegsveteranen lobt, die die „glorreichen“ Feldzüge der verstorbenen Jahrsunterherrschaft miteingekämpft haben, darf ein Bittgesuch gelten, das der Redaktion der „Friedrichsburger Zeitung“ von einem 64-jährigen Veteranen, der in drei Kriegen seine Gesundheit zu Grunde richtete und 1870 Invalid wurde, zugeht. Der Mann schreibt u. a.:

Ich bin von früher noch bekannt sein wird, ich bin in der besten großen Art und Weise ein dankbarer Vaterland, das die Kriegsveteranen lobt, die die „glorreichen“ Feldzüge der verstorbenen Jahrsunterherrschaft miteingekämpft haben, darf ein Bittgesuch gelten, das der Redaktion der „Friedrichsburger Zeitung“ von einem 64-jährigen Veteranen, der in drei Kriegen seine Gesundheit zu Grunde richtete und 1870 Invalid wurde, zugeht. Der Mann schreibt u. a.:

- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für 1864 er
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für 1866 er
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für 1870/71 er
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen
- Die Pensionierung-Einstellung in Berlin, Spezial für alle Pensionen

Welch' ein blutiger Hohn spricht aus der Tatsache, daß Kriegsveteranen, die von fetten Kurapatkinen bei vaterländischen Festen und Siegesfesten „als die Begründer von des Reiches Einigkeit und Größe“ gefeiert werden, in ihrer höchsten Not keinen andern Ausweg mehr wissen, als bei den „vaterlandslosen Gefellen“ Hilfe zu suchen.

Aus Deutsch-Südwestafrika sind nun einmal keine Siege zu melden trotz der verhältnismäßig großer und unverhältnismäßig teuren Truppenmassen, die Deutschland hinunter geschickt hat. Heute liegen wieder zwei nichtsfagende Depeschen von Trotha vor. Er meldet aus Oparalane vom 19. d. Mts.:

Die 7. Feldkompagnie des Feldregiments 2 erreicht voransichtlich Ghabis. Eine dorthin entsandte Patrouille fand nirgends Spuren von Herero. Augenblicklich besetzt Deimling Eupuro mit zwei Kompagnien und vier Geschützen und hat Postierungen in Ghabis, Sturmfeld mit einer Kompagnie und zwei Geschützen der Abteilung Seydewitz, verläßt durch die halbe Batterie von der Kolonne Deimling, Dausaha und Klein-Oshandja. Kleine Postierungen besetzen die Wasserstellen Dhuwarumene und Katsjori-Eware. Storr ist mit Volkmann bis Dwinana-Nana vorgedrungen. Reigenstein schob am 18. September eine Kompagnie und zwei Maschinengewehre unter Dier nach Ojiosendjou vor, Volkmann geht über Dwinene, Storr über Omba-Alogo zur Errichtung des Dwinabaflusses durch Fieber. Ein Kommando geht nach Dwinana-Nana.

Unter dem 21. September meldet General von Trotha weiter: Die nach Ghabis bestimmten Postierungen Deimlings müssen wegen Wassermangel nach Kalfontein zurückkehren. Eine Kärtere mit Wasserwagen versehenen Aufklärungsabteilung ist dorthin unterwegs, da sich nach Aussage Gefangener bei Dwinanogombe und Gajas starke Hererobanden befinden. Offizierspatrouillen beobachteten 40 Kilometer nordöstlich von Dwinana-Nana am Eisenbahn stark Hereromassen, angeführt unter Samuel Maberro und Tetio. Die Aufklärung erfolgt von Klein-Oshandja den Dwinambaflus abwärts. Die achte Kompagnie und die Halbbatterie Winterfeld von der Abteilung Fieber wird am Dwinambaflus auf Dwinandja vorgeschoben. Die Ausdehnung der Landabteilung, sowie der stark Anfall an Zugtieren bei einem an sich geringen Fuhrpark erschwert ungemein den Nachschub. Mehrfach fanden kleinere Gefechte statt mit unter starken Verlusten zerschlagenen Hererobanden. Auf unserer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. Das Hauptquartier befindet sich in Dwinana-Nana.

Schade, daß man über die „mehreren kleinen Gefechte“ nichts näheres hört, zum Beispiel Zeit, Ort, Zahl der Teilnehmer, genauer Erfolg etc. Statt dessen läuft jeden Tag unerbittlich eine neue Verlustliste ein:

Gefreiter Johann Sertl, früher 1. bayrisches Jägerbataillon, am 11. August bei Hamalari. Unteroffizier Maximilian Matt, früher 113. Infanterieregiment, am 11. August bei Waterberg gefallen. Reiter Max Karl Heinrich Czawa vom 2. Regiment, früher Grenadierregiment 9, am 18. September. Reiter Neumann, früher 19. Infanterieregiment, am 4. September im Lazarett in Oshondu am Typhus gestorben. Gefreiter Theodor Bost von der Funkentelegraphie-Abteilung, früher 1. Telegraphenbataillon in Schöneberg, am 23. September im Lazarett in Oshondu am Typhus gestorben. Unteroffizier Hermann Scholz, früher 3. Maschinengewehr-Abteilung, am 24. September, Kreis Münterberg, am 24. September im Lazarett in Waterberg an Herzschwäche gestorben.

Wie lange sollen diese Opfer ohne jede Aussicht auf einen Erfolg noch gebracht werden.

Die bisher das Mandat innehaltenden, gehen mit der Absicht um, den Ritterschleifer v. Dhern auf den Schild zu heben, der sich als Vorsitzender des Kriegsveteranen bekannt gemacht hat. Neben ihm sollen am Sonntag in der konservativen Wahlmänner-Versammlung auch die Namen von Dr. Dertel und eines Herrn von Münterhausen auf Gut Leitzgau genannt worden sein, für den Fall, daß Herr von Dhern resignierte. Ob auch die Nationalliberalen mit einer eigenen Kandidatur hervortreten, steht noch dahin. Gutem Vernehmen nach wird die Ersatzwahl schon in der ersten Hälfte des November stattfinden.

Der Kreisrichter-Brosch. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Mainz stand der Geschäftsführer der „Mainzer Volkszeitung“ unter der Anklage, durch Veröffentlichung und Verschönerung der Kriegsbriefe des verstorbenen Generalis v. Kreisemann die Offiziere und sonstigen Feldzugsteilnehmer des ersten (heftigen) Garde-Jäger-Bataillons im Kriege gegen Frankreich beleidigt zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe.

Eine Steuer auf die Enit ist nun wirklich eingeführt worden. In Bielefeld hat die Stadtverordneten nach dem „Frankfurter Courrier“ beschlossen, eine Gebühr zu erheben für Benutzung der Luftkanäle über städtischen Straßen zur Anlage von geschlossenen Ballons. Es soll diese eine einmalige sein, welche für geschlossene Enit im 1. Stock pro Quadratmeter 30 Mk., im 2. Stock 20 Mk. und für jeden weiteren Stock 10 Mk. beträgt. Die Einnahmen hiervon sollen zur Verschönerung der Straßen und Anlagen verwandt werden.

Ein Regierungswechsel in Lippe. Der Regent von Lippe-Detmold, Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld, ist, wie aus Detmold gemeldet wird, dort gestern Vormittag gestorben. Da der gekrönte Fürst Alexander kinderlos ist, geht die Regentenschaft des Lipper Landes auf den ältesten Sohn des verstorbenen Regenten, den Grafen Leopold, über. Der neue Regent ist 33 Jahre alt und besitzt den Rang eines Oberleutnant à la suite der Armee. Der Tod des Grafen Ernst rüst die Erinnerung an den Streit nach, der vor sieben Jahren die Öffentlichkeit beschäftigte und in dem scharfen Telegramm des Kaisers an den Grafen zum stillen Ausdruck kam.

Ausland.

Die Stichwahlen in der Steiermark. Bei der Stichwahl, deren Ergebnis erst spät Nachts bekannt wurde, wurde im Leoben der Wahlkreis Genosse Dr. Michael Schacherl mit 12,250 gegen 12,097 Stimmen, die der Klerikale erhielt, gewählt. Die Sozialdemokratie hat diesen Stichwahltag ganz aus eigener Kraft errungen, denn aus der Stimmzahl, die der klerikale Kandidat aufbrachte, ist zu ersehen, daß die deutsch-bürgerlichen Wähler fast alle für ihn gestimmt haben. Das geschah wohl zum Danke dafür, daß die Sozialdemokratie an selben Tage bei der Wärmiger Stichwahl den Deutschbürgerlichen im Kampfe gegen die Klerikalen beistand und ihnen den Wahlkreis rettete.

Lokales und Provinzielles. Breslan, den 27. September. Die Volksversammlung, welche am Sonntag Vormittag im „Gewerkschaftshaus“ stattfand, brachte einen äußerst interessanten Vortrag unseres Charollenburger Genossen Dr. Bruno Borchardt, der am Naturforscher-Kongress teilgenommen hatte, über das wissenschaftliche Thema: „Die Entwicklung der Elektrizität und ihr Einfluß auf die allgemeine Kultur-Entwicklung.“ Zunächst beantwortet der Redner die Frage, ob überhaupt ein allgemeiner Kultur-

Sozialdemokratischer Parteitag.

Bremen, den 24. September.

(Schluß der Sonnabend-Sitzung.)

Folgende Resolution Schulz-Bremen-Heikin in der Schulfrage

wird nach kurzer Begründung durch Schulz-Bremen angenommen: Gemäß der sozialdemokratischen Forderung auf Beseitigung der Schule erklärt der Parteitag sowohl gegenüber Verfassungsbestrebungen der vereinigten Konserativen, Ultramontanen und Nationalliberalen als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultanschule, daß pädagogische, ethische und politische Gründe die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, daß die Volksschule wie das ganze Erziehungswesen über die Regelung der religiösen Frage hinaus einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsschulgesetz bedarf und zwar auf dem Wege den die vom Bürgerium längst verkündeten revolutionären Pädagogen des Bürgeriums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gebieten haben.

Der Parteitag erklärt endlich, daß keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneingeschränktes Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus ihrer heutigen unwürdigen Stellung als Magd der herrschenden Klassen und der Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelst des Klassenkampfes sein.

Einmütig angenommen wird ferner folgende Resolution Dr. Reichels-Rantsky:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beglückwünscht die italienischen Genossen

zu ihrem tapferen und siegreichen Kampfe auf das Herzlichste.

Beim Beschluß ist unterdeutlich die Lösung eingegangen, daß durch den Beschluß der unterzeichneten Berliner Delegierten, worden seien, ihre Gegnerschaft gegen die Erhöhung der Parteivorstandsgebühren zum Ausdruck zu bringen. Dieser Protest geht von Anriich und einem Teil der Berliner Delegierten aus.

Der Vorsitzende Dietz verwahrt sich gegen diese Erklärung. Es sei Zeit genug gewesen, eine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Vorsitzender Dietz erklärt diesen nachträglichen Protest für geschäftsordnungsmäßig unzulässig.

Dietz versichert, daß die Mehrheit der Berliner Delegierten diesem Schritte vollkommen fernstehe. (Bravo!)

Es folgen die Anträge, die sich gegen den Russenkurs wenden. Hierzu liegt folgender Antrag Königberger vor:

Es folgt hierauf die Beratung der folgenden beiden Anträge der Parteigenossen von Königberg und Spandau-Orshavelland:

Zu Erwägung: daß das abschlechtige

Willkürregiment in Rußland

auf das Entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muß, daß die russischen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwersten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokraten versichert sein dürfen;

in Erwägung;

daß die vorentsprechenden Justizbehörden denjenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden beistehend gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage vor Geheimbänden diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben;

beschließt der Parteitag:

1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckchriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen, gefällig zu sein;

2. diesen Beschluß der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

und

„Der Parteitag möge durch eine Resolution den Zarismus brandmarken und die Pflicht aller deutschen Sozialdemokraten, anderen russischen Brüdern in ihrem schweren Kampfe nach Kräften, insbesondere bei dem Transport sozialdemokratischer, in Deutschland nicht verbotener Literatur nach Rußland beizustehen, ausdrücklich feststellen; diese Resolution ist mit Rücksicht auf § 128 des Deutschen Strafgesetzbuchs den zuständigen Behörden ausdrücklich bekannt zu geben.“

Dazu liegt folgendes

Amendement Bernsteins-Bebel

vor:

Des weiteren erucht der Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Schaffung eines der modernen Kultur entsprechenden Rechts der Fremden im Deutschen Reich und insbesondere zur Sicherung von Ausländern gegen die seit längerer Zeit befolgte und neuerdings verärferte, verwerfliche Praxis der Auswandererpolizei, sie durch Nötigung zum Bösen von Fahrarten nach bestimmten Ländern bestimmten Behörden in die Hände zu spielen und sie im Falle der Weigerung ihrem Heimatlande auszuliefern.

Bernstein begründet sein Amendement. Die Praxis unserer Ausweisungen und Auslieferungen ist Ihnen ja allen bekannt. Es kommen Ausweisungen ausländischer Korrespondenten vor, die lediglich aus dem Grunde erfolgt sind, weil sie betr. Personen die deutsche Regierung kritisiert hatten. Es wird mit einer Willkür verfahren, die die Ausländer vollkommen rechtlos macht, und wir haben ja aus dem Vorwärts" erfahren, wie die in Berlin ankommenden russischen Auswanderer den Auswandereragenten überliefert und bestimmten Schiffsgesellschaften ausgetrieben werden. Die Rechtlosigkeit der Fremden in Deutschland ist so groß, daß unter bekanntestes Lechbuch des Staatsrechts, das von Laband, überhaupt nichts über das Fremdenrecht enthält. Das sind Zustände, die in einer ganzen Reihe moderner Länder längst überwunden sind. Es ist ja selbstverständlich, daß ein absolutes Recht des Fremden unter den heutigen Verhältnissen nirgendwo existiert, aber es existieren in anderen Ländern doch Vorschriften, die den Ausländer wenigstens gegen die größte Willkür schützen. In Dänemark kann der Ausländer, wenn er zwei Jahre im Lande lebt, nur noch wegen schwerer Verbrechen ausgewiesen werden und wenn er fünf Jahre im Lande ist, überhaupt nicht mehr. Norwegen läßt Ausweisungen nur durch einen Akt des Ministeriums zu, in Belgien muß jede Ausweisung der Kammer vorgelegt werden. Am weitestgehenden ist der Fremdenrecht in England, wo eine Ausweisung überhaupt nur durch Beschluß der Volksvertretung erfolgen kann und auch das nur in den ersten sieben Jahren des Aufenthalts. Es ist notwendig, daß auch wir ein Fremdenrecht erhalten, wie es unsern modernen Kultur- und zivilisierten Verhältnissen entspricht.

Dr. Dieblich: Ueber die Resolutionen 106 und 107 brauche ich kein Wort der Begründung mehr zu verlieren; ich halte es für selbstverständlich, daß diese Resolutionen einstimmig angenommen werden. Nur einige Bemerkungen zur Begründung des Bernsteinschen Amendements. Ich habe mich im vorigen Herbst aus Anlaß der Fälle Krassnow und Schefoldin mit allen in Betracht kommenden deutschen Behörden in Verbindung gesetzt, um deren Auffassung zu erfahren, und habe gehört, daß die übereinstimmende Auffassung sowohl der Gerichte wie der Kriminal- und Verwaltungsbehörden dahingehet, daß der Ausländer nicht einmal die verfassungsmäßigen Grundrechte, das Recht der Wohnung, der freien Persönlichkeit usw. hat, die dem Einheimischen, selbst wenn er der größte Verbrecher ist, ohne weiteres zusteht. Die Behörden sprechen sich das Recht zu, bei Ausländern bei Tag und Nacht beliebig Hausdurchsuchungen zu veranstalten, sie jederzeit zu verhaften, ihnen ihr Eigentum wegzunehmen und sie unbegrenzt in Haft zu behalten. Sie bezügelten nämlich: wir müssen prüfen, ob jemand ein lästiger Ausländer ist und dazu sind wir berechtigt, ohne daß uns das Gesetz irgendwelche Schranken auferlegt. Angesichts solcher Zustände müssen wir mit aller Energie die Einführung genügender Rechtsgarantien für den Ausländer verlangen. Es muß für Ausweisungen ein geordnetes Verfahren festgestellt werden; solche Ausweisungen sind ja viel schlimmer, als wenn jemand vor den Strafrichter geführt wird.

Gegen das unerhörte Verfahren der beiden Schiffsgesellschaften müssen wir gerade hier in Bremen auf das schärfste protestieren. Es muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht im geringsten durch die Erklärungen der „Rationalzeitung“, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, des „Hamburger Korrespondenten“ gerechtfertigt sind. Man hat gesagt, die Überwachung sei aus sanitären Gründen notwendig. Das kann nicht zutreffen, denn das familiäre Interesse kann niemals verlangen, daß Russen, die seit Jahren in Deutschland gelebt haben, dann, wenn sie nach Amerika auswandern wollen, der Untersuchung unterworfen werden. Es heißt, die Kosten eines eventuellen Rücktransports von Amerika müßten vermieden werden; deshalb seien die Verträge mit den Gesellschaften abgeschlossen. Auch das trifft absolut nicht zu. Die Untersuchung fällt weg bei allen Reisen, die nicht vierter Klasse oder Zwischenabfahrt sind. Diese Passagiere sind seuchenfrei, aber die anderen sind in jeder Beziehung verdächtig. Ich sehe auch absolut nicht ein, weshalb, wenn es sich nur darum handelt, pelunische Lasten zu vermeiden, absolut den beiden deutschen Gesellschaften das Monopol übertragen werden soll. Wenn zum Beispiel irgend ein Russe mit einer englischen oder holländischen Linie fahren will und dann nicht angenommen wird, so erwacht Deutschland doch keinerlei Verpflichtung. Hier tritt deutlich hervor, daß durch diese Maßnahmen in Wirklichkeit lediglich reaktionäre Interessen verfolgt werden sollen. Einerseits hat man ein lebhaftes Interesse daran, diese großen deutschen Unter-

nehmungen im Gegensatz zu den ausländischen zu unterstützen, es ist das eine Art Schutzgoll für unsere heimischen Schiffahrtsgesellschaften. Auf der anderen Seite hat man das lebhafteste Interesse daran, auch Anderen einen Gefallen zu tun. Wenn jemand einen richtigen, legitimen Paß hat, mit dem er ohne Gefährdung wieder nach Rußland zurückkehren könnte, so wird er unter Umständen von den Schiffahrtsgesellschaften mit einem beliebigen Bille abgefunden, sonst aber verlangt man, daß er ein Bille nach Amerika nimmt und wenn er das nicht will, so wird er an die Grenze zurücktransportiert. Die Leute haben also die Wahl: entweder sie zahlen Billegeld an Ballin oder aber sie läßt nach Rußland zurück und werdet, sofern ihr Deserteure seid, auf diese Weise in die Gewalt des Parisismus gebracht. Mit anderen Worten: Entweder eine Extrafahrt für Ballin oder einen Liebesdienst für den Parisismus. Daß das schmachvoll ist, darüber ist kein Wort zu verlieren.

Ich möchte darauf hinweisen, daß dieselben Behörden, die diesen Auswanderern solche Schwierigkeiten machen, die Grenze sperrangelweit aufmachen, wenn es sich darum handelt, russische Arbeiter zu liefern, hineinzulassen. Man kann also auch anders. Man hat gesagt, es bestehe die Möglichkeit, Hilfe zu schaffen, das das Auswanderungsgesetz dem Reiche das Recht verleiht, die Auswanderungsagenten zu beauftragen. Aber das ist ja gerade das Standaal, daß diese ganzen Wuchergesellschaften vor den Augen und mit Unterstützung der Polizei gefehben. Das kann, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift, nur eine Dille kommen, nämlich vom Auslande. Amerika hat den Ballin und Genossen ja schon einen bösen Schreden eingejagt, indem es damit drohte, es würden nur noch Personen angenommen werden, die auf amerikanischen Schiffen transportiert sind. Die Sache ist ja, wenn es sich wirklich um sanitäre Rücksichten handelt, so leicht zu beseitigen. Es braucht nur eine Kontrolle von Reich wegen eingeführt und das Monopol der beiden Gesellschaften aufgehoben zu werden. Diese unerhörte Begünstigung der Profitinteressen einzelner Gesellschaften mit der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse ist es ja, gegen die wir in erster Linie Front machen müssen. Das ist das Standaal, das die Sache. Nehmen Sie die Anträge einstimmig an und dokumentieren Sie dadurch, daß es nach unserer Auffassung genug ist der Liebesdienst und Friederei vor dem Parisismus, daß wir nicht wünschen, daß das Ausland mit Fingern auf uns weist. Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie, den russischen Genossen, soweit es die deutschen Gesetze zulassen, Hilfe zu leisten. Die einstimmige Annahme der Anträge wird dazu dienen, dies als die einmütige Überzeugung der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Beide Anträge werden vom Parteitag einstimmig angenommen.

Um den Ort des nächsten Parteitages streiten sich die Städte Jena, Mannheim, Nürnberg, Stettin. Die Vertreter dieser Städte treten unter großer Heiterkeit des Parteitags die Worte ihrer Städte.

Der große Majorität wird unter dem lebhaften Wohl der ausgefallenen Orte Jena a gewählt.

Damit sind die Geschäfte des Parteitags erledigt.

Vorsitzender Dietz hält die Schlußrede:

Der Parteitag ist am Schluß seiner Geschäfte angelangt, wir haben alles ordnungsgemäß erledigt. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Bremer Genossen den herzlichsten Dank ausspreche für die lebenswürdige Art, mit welcher sie uns empfangen haben (lebhafteste Zustimmung), für das herrliche Barock, für den herrlichen Saal, den sie so wunderbar ausgestattet haben, und endlich auch für die prächtige Helgolandsfahrt. (Beifall.) Da hat sich wieder mal gezeigt, daß Seewasser herabigt. (Große Heiterkeit.)

Gelassen Sie mir eine kurze Uebersicht über unsere Geschäfte.

Sie haben eine Änderung der Tagesordnung abgelehnt, und es hat sich gezeigt, daß das gut war, denn sonst wären wir kaum mit unserer Zeit ausgekommen. Sie haben darauf verzichtet, heute schon zu bestimmen, was auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags kommen soll. Auch das ist weise gehandelt, denn wir können nicht wissen, was bis zum nächsten Jahre alles passiert. Wir haben sodann die Berichte des Vorstandes und der Kontrollkommission entgegen-

genommen, die im allgemeinen gut lauteten, und ich glaube, wir sind beiden Körperschaften für ihre Mithewaltung tiefen Dank schuldig. (Beifall.) Unangenehm war nur die Mißhafter und die Mißfeler Affäre, aber nachdem das hier öffentlich gerügt ist, wird hoffentlich die Kontrollkommission sich mit derartigen Dingen nicht wieder zu befassen haben. (Sehr gut.) Auch mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion hat sich der Parteitag im allgemeinen einverstanden erklärt. Der Fall Schiphol ist nun hoffentlich erledigt. Der Geist der Situation wird Schiphol veranlassen, vorsichtiger zu werden. In der Frage Brotölle oder nicht, gibt es nur ein Entweder-Oder. (Sehr richtig.) Das wird sich Schiphol hinter die Ohren schreiben und ich glaube, wir werden nicht noch einmal über einen solchen Fall zu verhandeln haben.

Die Helgolandsfahrt.

Zu launiger Weise berichtet G. Niem in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ von der Helgolandsfahrt der Parteitagdelegierten:

Schon tapelant drehte sich das Gespräch der Delegierten über die behelofene Weltreise nach Helgoland, die Gefahren der nach der Meinung der erfahrensten „Seemanns“ unanschieblichen Seerkrankheit und ob und wie man sie verhüten könnte.

Trotzdem hatten sich am Donnerstag früh um 6 Uhr circa 365 tapfere Männer und Frauen auf dem Zentralbahnhof eingefunden, um Gott Agie und seinen Hinterhältigkeiten die Stirn zu bieten, obgleich mancher vielleicht erst wenige Stunden vorher in Morphens Arme gesunken war. Eine Seefahrt hat für Landratten eben einen unabwehrlichen Reiz. Sehr viele hatten sich — guten Ratsschlagen folgend — ausgerüstet, als ob sie eine Reise um die Welt machen wollten. Und verdächtig sah aus der Tasche manches Delegierten ein schlanker Flaschenball, zum Entsetzen der Antialkoholiker, die aus der Annahme der Königsberger Resolution die kühnsten Hoffnungen in ihrem antialkoholischen Eifer genährt hatten und nun so schmählich enttäuscht wurden.

Wir fuhren, wie das ja schon aus dem Bericht vom Sonntag den Lesern bekannt ist, auf der oldenburgischen Linie, vorbei an grünen Weiden, bevölkert von schwarzweißem Rindvieh, so gar nicht der Landesfarbe entsprechend. Bei Delarshorst hatten wir Gelegenheit, die „Arbeiterfürsorge“ der großen Aktien-Zuteilungsgesellschaft zu bewundern. Eine ganze Reihe aus rotem Backstein erbaute Arbeiter-Wohnhäuser stand neben der Fabrik und es ist zu verstehen, daß bei dem Streik vor einigen Jahren an die Arbeiterwiltigen nicht heranzukommen war — das Königreich der Zuteilung konnte hermitisch gegen die böse Streikwelt abgegriffen werden.

Nordenham, von wo aus die Schiffahrt begann, war nach 1 1/2 Stunden erreicht. Ein Dampfer des Norddeutschen Lloyd, der den ermunternden Namen Glückauf führte, nahm uns auf. Von dem „Olympier“ war, wohl weil die meisten die Sache kannten, fast niemand mitgefahren. Sie hatten eine Fahrt nach Worsbende vorgezogen.

Dann ging es die Weser hinauf der Mündung zu. Fast zwei Stunden fuhr man an den flachen ziemlich regellos Ufern vorbei, die immer mehr und mehr zuckerten, bis nur noch eine lange dunkle Linie anzeigt, daß wir noch nicht ins offene Meer gelangt sind. Dann kommt der Leuchtturm von Rothesand in Sicht. Die Wellen werden stärker, das Schiff macht eigentümliche Schängelbewegungen und mancher bereitet sich still auf sein Schicksal vor. Die ersten Opfer bringen ihre „Größe“ dem Meeresbesitzer. Bei Bremerhaven verabschiedeten Kundige, die die Seemannsregeln verstehen, sei Sturm oder zum mindesten starkbewegte See: Nord-Nord-West“ — angezeigt. Na, gute Fahrt! dachte mancher, der schon ein mensch-

liches Nühren in seinem Magen empfand. Wer schlau war, blieb an der frischen Luft. Es wurden ja die erdenklichsten Mittel gegen die tödliche Seerkrankheit angegeben und angewendet. Manche hatten sehr wenig, manche tüchtig gegessen, manche bewegten sich fortwährend hin und her, manche hockten still auf ihrem Stuhl und sagten nichts. Aber alles nützte mit tödlicher Sicherheit nichts. Wohl- und regellos suchte Agie seine Opfer und mancher, der sich räthigte, in der furchterlichen Redeschlacht niemals bläß zu werden — hier wurde er es und übergab sich nicht ein, nein vielmehr dem tödlichen Feinde. Nicht einmal die ertragreichsten Temperenler, die erst auf die Gefahren des Roggenagewisses die Wesiger der Langhalsigen hingewiesen, blieben verschont. Das natürlich besonders zahlreich die Genosseninnen daran glauben mußten, liegt in der Natur der Sache, wenn sie auch stets behaupten, daß die Frau eben so viel und noch mehr aushalten kann wie ein Mann. 50-60 Leichen bedeckten schließlich das Schlachtfeld ohne die, die sich, um als heldenhafte zu gelten, nichts merken ließen. Ein Delegierter — wir sind distinkt und verraten den Namen nicht, der immer wieder den Kopf über Bord stredte, meinte in seinen Qualen: „Nieber würde er für den H-Hallacis stimmen, als noch einmal eine Seerkrankheit miltmachen.“ Der Mann, der so wenig prinzipienfest ist, muß ausgelassen werden.

Jetzt eine Stunde vor Beendigung der Fahrt auf den trotz der Anklündigung nur mäßig bewegten Wellen kam wie ein dunkler Schatten die Insel in Sicht und langsam stieg sie, je näher wir kamen, aus dem Wasser. Ein interessanter Anblick — das kleine Gildand mitten in der Wasserwüste. Soeben verließ ein schlanker Hamburger Dampfer, die „Cobra“, die regelmäßig den Verkehr zwischen Hamburg und Helgoland vermittelt, die Insel. Fischerboote, die lustig auf den Wellen tanzten, kamen heran und die Ausbootung begann. Keine leichte Arbeit. In den Booten saßen sechs bis sieben Helgoländer Fischer oder Schiffer, wetteifernde Gestalten mit charakteristischen Zügen. Jeder Einzelne wurde sorgsam in das Boot spediert, das auf- und niederprang am Schiffsummpf, und mit 15 bis 20 Mann fuhr es dann an das Ufer. Verweist schante mancher von denen, die sich bis dahin handhaft gehalten, aus Ufer. Aber es gab kein anderes Mittel, um an das herabsteigende Helgoland zu kommen und so entflohen sich alle. Manchen zwar hat dicht vor dem Ziele das Gesicht noch erheit, und er mußte wohl oder übel dem Meeresgott den Dohls entrichten.

Nur wenig Zeit blieb, die Insel zu besichtigen, schon nach 1 1/2 Stunden begann wieder die Einbootung. Eine Beschreibung von Helgoland zu geben, halte ich für überflüssig. In jedem Bäderer steht's ja ausführlich. Die Helgoländer scheinen sich in einigermaßen erträglichen Lebensverhältnissen zu befinden. Einer der Schiffer sagte, daß es arme Leute ebenso wenig wie reiche Leute auf der Insel gebe. Alles lebt von den Fremden. Die Straße auf dem Hinterlande beherbergt Laden an Laden mit Helgoländer Andenken.

Eine der Haupterntequellen ist die Aus- und Einbootung, die in Gemeinderäte genommen ist, wie anderswo die Wasserwerke und die Gasanstalten.

Um 1/5 ging's wieder heimwärts. Unsere wackere Kapelle — die die zweite Hälfte der Einfahrt aktionsunfähig war — spielte Musik in dem, muß ich denn zum Stillebleiben. Die Maschine fing an zu klappern. Lange noch hing unser Blick an dem einlamen Flecken Erde mitten in der wilden Nordsee, daß früher oder später — wer weiß wann — verschwunden sein wird.

Die See war auf der Rückfahrt noch ruhiger wie am Morgen und nur wenige Unzulässige hatten noch eine Wiederholung der Seerkrankheit zu bestehen.

Bald regte sich denn auch der Humor. Der Gott des Meeres mit seinen Meerungen zog naier Vorantritt der Antikypelle auf und hielt einen unangemeldeten Anzug und dann — entsege wick, heilige Ordnung, eine unangemeldete Rede, in der Genosse Sed das ganze große Gebiet der Welt- und Tagesereignisse in humoristischer Weise erschöpfte und stürmischen Jubel und Beifall erntete. Der Mann war gelöst. Sogar ein flotter Tanzgen an Bord wurde riskiert.

Audere haben still auf dem Deck und ließen den einzigen majestätischen Anblick des unendlichen Meeres auf sich wirken, auf dem die Schatten der Dämmerung langsam heranzogen. Gefährlich zog ein Segler dahin — und bald sah man das Licht von Rothesand herüberleuchten, tröstlich und anheimelnd — darunter ist das Land mit den Menschen, mit ihrem Gassen und Wiesen. Auch die Turmschiffe leuchteten in der Dunkelheit auf und bald glänzte eine lange Reihe von Lichtern auf: Bremerhaven. Eine solche Seefahrt ist schön — und ein Vianenländer, der veräumt, die Reize auf sich wirken zu lassen, veräumt etwas, was er vielleicht nie wieder genießen kann.

In Nordenham, wo wir gegen 9 Uhr wieder eintrafen, erwartete uns eine Ueberraschung. Die Genossen von Nordenham hatten spontan eine Kundgebung für den Parteitag vorbereitet. Von der Landungsbrücke grüßten die beimgeladenen Delegierten des deutschen Proletariats die Klänge einer Musikkapelle — die Marschallie.

Unser Ertrag stand schon bereit und gegen 1/12 Uhr waren wir wieder in Bremen. Vergessen waren die Strapagen. Ronee noch wird wohl bei allen Delegierten die Erinnerung anhalten an die Fahrt nach Helgoland, an das unendliche Meer, an die frohen Stunden.

Aus aller Welt.

Stenogrammariostoffen. Die oft aufmerksame Frage, wo die Leute sitzen, die die größten Stenogrammariostoffen haben, ist jetzt endlich gelöst. In Rudamun in der Neumark ist jetzt eine Kartoffel entdeckt worden, die die Kleinigkeit von 1012 Gramm wiegt. Diese Klein-

Die Organisationsfrage war, wie die vielen Anträge beweisen, allmählich zu einer breiten Bewegung geworden. Wir glauben, daß die Kommission die Angelegenheit in befriedigender Weise lösen, daß sie neue Stufen bauen wird, auf denen wir weiter und höher emporsteigen können. (Beifall.)

Auch die Frage der Waise fand ihre befriedigende Lösung. In der Frage der Kommunalpolitik, einem der schwierigsten Gebiete, ist es vorläufig durch die Annahme der Resolution Lindenmann zum Abschluß gekommen, aber diese Frage wird nicht ruhen; da sie so aktuell ist und so tief eingreift in alle unsere politischen Maßnahmen, wird sie immer und immer wieder diskutiert werden. Die hier gegebenen Äußerungen werden zweifellos ihre Wirkung ausüben. Heute Morgen haben wir dann das Referat unseres ewigen Nebenbedenken entgegengenommen, und der Parteitag hat sich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einverstanden erklärt. Deutlich geht daraus hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie international ist wie keine sozialdemokratische Partei irgend eines anderen Landes. (Beifall.) Auch die verschiedenen Anträge sind nicht zu kurz gekommen, wir haben wieder bewiesen, daß die Partei alles, was dem Fortschritt dient, in die Hand nimmt. Die Sozialdemokratie ist eben verpflichtet, die führende Rolle in allen sozialen Fragen zu übernehmen; das, was eigentlich die Politik des Liberalismus wäre, müssen wir erfüllen, um die Stagnation zu beseitigen und dem Fortschritt zum Recht zu verhelfen. (Sehr wahr!)

So kann man sagen, daß der Parteitag von Bremen in fleißiger Arbeit der ganzen Sache getreu hat, neue Gedanken sind angeregt, die wesentlich eine reiche Ernte zeitigen werden. Diejenigen allerdings — und das trifft die bürgerlichen Parteien — die glauben, daß es hier zu interessanteren Auseinandersetzungen kommen würde, haben ihre Rechnung nicht gefunden. Aber wir können es ja niemand recht machen. Sind wir interessant, dann kriegen wir was auf's Dach. Weiterhin und erwidern wir in ruhiger Weise die Gebälte, dann kriegen wir auch was. (Sehr richtig!) Dann sagt man: wir haben geglaubt, ihr wärdet hier Dinge aus der Erde zaubern, das ist nicht geschehen, ihr seid launewillige Leute. (Beifall.) In dieser Stimmung können Sie die bürgerliche Presse allerwärts jetzt antreffen. Sogar es nach uns, hätten wir uns entscheiden, so würde uns der Weg zu einem Ziel durch ein blühendes Gebilde führen, wo Arbeit, Kunst und Wissenschaft uns das Leben bereichern. Unsere Gegner trübten natürlich, daß unter Weg durch blühende Schlachtfelder über Partiden führt. (Sehr richtig!) Aber der Schaden ist mir ihnen nicht, wir halten es mit unsem alten Parteiführer Friedrich Engels, der da gesagt hat: „Bei der Beschäftigung der Sozialdemokratie bekommt die Bewegung rote Wangen und volle Lippen.“ Das ist richtig. Wir können nicht in den Sozialismus hinein, denn einer bürgerlichen Partei, die nach Wohlstand sucht, kann die alte moralisch gewordenen Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. (Sehr wahr!) Um unser Ziel zu erreichen, sagt unser Programm, Organisations und die alte Parteiführer. Diese wollen wir auch beibehalten im nächsten Jahre und ummenden, das bedingten wir durch ein dreifaches Dach auf das Plüden und Gedulden der deutschen Sozialdemokratie. Sie leben hoch! (Die Delegierten stimmten einstimmig in das Hoch an und klappten dabei den ersten Band der Arbeitermarxisten.) Der Parteitag ist geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Die Selbstbegehung des Genossen Gammel in München. Ein, der nicht den geringsten Erfolg gehabt. In dem Selbstbegehungsbuch, das Gammel seiner Zeit gegen Weibchen angeordnet hatte, ist von zwei Personen als festgesetzt erachtet worden, das Weibchen den Verdacht des Betruges gegen Gammel zu Recht erheben habe und Weibchen in diesem Punkte von der Anklage der Beleidigung freigesprochen worden. Darauf hat Gammel gegen sich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht und die Einstellung eines Strafverfahrens gegen sich beantragt. Jetzt hat er von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung erhalten, daß die Einstellung des Strafverfahrens als unzulässig abgelehnt wurde. An Weibchen ist zur letzten Kurze in der gleichen Sache eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft gelangt, daß die Strafverfolgung Gammels „mangelnd beweist“ eingestellt wurde.

Gammel hat darauf beim Oberstaatsanwalt Beschwerde erhoben.

Arbeiterbewegung.

100.000 Abonnenten hat die „Volkarbeiter-Zeitung“ erreicht und der Holzarbeiterverband steht, was die Mitgliederzahl an-

Interesse, die auf dem Alter des Syndikats Nürnberg gemacht ist, ist aber durchaus keine Ausnahmevermehrung im Publikum: im Keller der H. hat mehrere eine große Menge der Zeitschriften, die 800 Gramme und darüber wiegen. Auch aus dem Dörfchen der Umgebung sind über große Kartons berichtet, wodurch der Boden in jeder Hinsicht nicht besonders fruchtbar ist.

Ueber Raubverurteilung im Glinz. Am 20. September: Glinz hat gegen 5 Uhr mit einer Revolver im Halbe eines Lagerhauses, dessen Wand beim Heben einer Leiter einen Graben in den Putz gemacht, einen Mann an der Stelle zu tödlichen war. Der Raubverurteilte hat, der Richter angeordnete, Glinz hat keine Strafe verdient, hat sich nach dem Richter. Glinz hat keine Strafe verdient, hat sich nach dem Richter. Glinz hat keine Strafe verdient, hat sich nach dem Richter.

Ein Fall von Raub. Am 20. September: In einer kleinen Kasse ist ein Raubverurteilter im Lagerhaus Boden erkrankt und im Krankenhaus gestorben. Die Kasse ist in einem Lagerhaus. Der Raubverurteilte ist bei den Wanderräuberinnen mit Versteck der Dinge beizubringen, wodurch die Räuberinnen in Verbindung gekommen und hat sich dabei nicht zu schämen.

Ein Raub der Leuchtmittel. Eine für ein Mitglied ein gerichtlicher Raubverurteilung sehr auffällige Geschichte bei der Glinz. Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Der Raub ergibt eine vermehrte Anzahl. Der Raubverurteilung hat der Raubverurteilung nicht in Klammern. Aus dem bei Casale wurde ein Raubverurteilung von 18 Tausend Gramm gelandete. Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung mit Versteck der Dinge beizubringen, wodurch die Räuberinnen in Verbindung gekommen und hat sich dabei nicht zu schämen.

Auf dem Raub der Kirche in dem Raubverurteilung. Am 20. September: In dem Raubverurteilung Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Ein Drama im jenseitigen Meer. Ein Raubverurteilung Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Bei dem Raubverurteilung der beiden Jäger in der Nähe von Rom. Am 20. September: In der Nähe von Rom wurde ein Raubverurteilung von 15 Personen gefasst. Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Ueber einen räuberischen Gerichtsbescheid. Am 20. September: In dem Raubverurteilung Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Am 20. September: In dem Raubverurteilung Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

Am 20. September: In dem Raubverurteilung Raubverurteilung ist bei der Raubverurteilung an der Leuchtmittel Raub angeklagt wird. Er sagt in seiner Erklärung, die Raubverurteilung ist in Fällen von Gewalttätigkeiten gegen Frauen an rechtlichen. Dazu ist zu bemerken, daß ein ein geringer Betrag bei in den Raubverurteilung Staaten gelandete Raubverurteilung Raubverurteilung angeklagt wird.

geht, nur noch um 8000 hinter der Zahl der Abonnenten seiner Zeitung. Die „Volkarbeiter-Zeitung“ ist aus der im Jahre 1879 erschienenen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ hervorgegangen. Dieses Blatt hatte natürlich anfangs sehr hart mit dem Sozialistengesetz zu kämpfen. Die Polizeibehörde in Hamburg gestattete die Herausgabe, jedoch drohte sie mit einem sofortigen Verbot, falls auch nur eine Zeile darin käme, die so ausfah wie die „gemeingefährlichen“ Bestimmungen der Sozialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Reinhard Meyer, der Vorsitzende der Zentralkasse der Arbeiter, zeichnete als Verleger und Redakteur. In der Hauptsache haben es die Holzarbeiter, denn auch der Zentralkasse der Arbeiter zu danken, daß sie schon so bald unter dem Sozialistengesetz wieder zu einem Fachorgan gekommen sind, wie es der Unterhaltung dieser Klasse zu danken ist, daß die Zeitung ohne Gefahren die schlimmste Zeit der ersten Jahre dieses Gesetzes so gut überstanden konnte. Gedruckt wurde die Zeitung bei J. H. W. Dieck, in dessen Offizin, jetzt in Stuttgart, sie auch am 1. Januar 1905 wieder hergestellt werden wird. Verkauf war die erste Nummer der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ in der Hauptsache vom Genossen Berard, dem damaligen Geschäftsführer der Druckerei Auer u. Co., wo die Zeitung seit dem Jahre 1890 hergestellt wurde. — Die eigentliche „Volkarbeiter-Zeitung“ begann ihr Erscheinen mit dem 1. Juli 1893. Ihre weitere Geschichte skizziert sich am besten in folgender Tabelle ihrer Auflagen am Jahreschlusse:

1893	24.000	1899	68.000
1894	27.000	1900	73.800
1895	28.800	1901	71.000
1896	37.200	1902	73.200
1897	49.200	1903	87.400
1898	49.000	1904 (3. Qu.)	100.000

Es ist so vorwärts gegangen, so kann man wohl hoffen, daß es in gleichem Tempo weiter geht!

Lokales und Provinziales.

Dresden, den 27. September.

* Vom ober-sächsischen Gewerbegericht. Wir haben wiederholt mitgeteilt, daß die Gewerbegerichte im ober-sächsischen Industriegebiet entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Schadensersatzforderungen von Arbeitgebern gegen Arbeiter wegen unberechtigten Verlassens der Arbeit auf Lohnansprüche der Arbeiter ohne weiteres aufrechnen. Ein neuer besonders krasser Fall dieser Art ist jetzt wieder vom Gewerbegericht in Rattowitz mitgeteilt. Eine Anzahl, beim Baumeister Meienfeld in Rattowitz, beschäftigter Maurer wollte nicht mehr bis Abends 6 1/2 Uhr arbeiten und machte am 9. September, Abends um 6 Uhr Feierabend, ohne sich vorher mit dem Arbeitgeber über die Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen. Am anderen Morgen waren die Maurer rechtzeitig wieder an der Arbeit, da sie sich aber weigerten, des Abends wieder bis 6 1/2 Uhr zu arbeiten, ließ der Baumeister, wie es in der Urteilsbegründung heißt: „mit der Arbeit nicht beginnen“, d. h. er entließ die Maurer. Die Entlassenen forderten nun den bereits verdienten Lohn, dessen Auszahlung der Arbeitgeber jedoch verweigerte. Die Maurer klagten deshalb vor dem Gewerbegericht in Rattowitz. Dieses aber entschied unter dem Vorsitz des Stadtrats Hanke folgendermaßen: Die Kläger, welche die Arbeit nur fortsetzen wollten, wenn die Arbeitszeit Abends bis 6 Uhr festgelegt werde, haben das Arbeitsverhältnis einseitig gelöst, die Arbeit also zu Unrecht verlassen und steht deshalb dem Beklagten nach § 124 der Gewerbeordnung als Entschädigung für jeden Tag der gesetzlichen Arbeitszeit bis zu einer Woche der Betrag des ordentlichen Tagelohnes zu, der für erwachsene männliche Arbeiter in Rattowitz auf 2 Mk. festgesetzt ist. „Klagtag hat“, so heißt es wörtlich weiter, in der uns vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung, „deshalb an jeden der Kläger einen Schadensersatzanspruch von zwei mal 7 gleich 14 Mk. Diese Forderung kann Klagtag gegen die angeklagte Forderung der Kläger aufrechnen (§ 357, 359 B. G. B.). Klagtag war deshalb nur zur Zahlung von 40 Mk. an den Kläger zu verurteilen, da dessen Forderung 14.10 Mk. betrug. Die Forderung der übrigen Kläger hat die Höhe von 14 Mk. nicht übersteigen und waren deshalb mit ihrer Klage abzuweisen. Widerklage bezüglich der noch fehlenden Beträge bis zu 14 Mk. hat Klagtag nicht erhoben.“

Somit das Urteil des Rattowitzer Gewerbegerichts! Es heißt ja in jeder Richtung eine Verletzung der tatsächlich geltenden gesetzlichen Bestimmungen dar. Die Gewerbeordnung gestattet eine Entschädigung des Lohnes als Schadensersatz für unberechtigtes Verlassen des Arbeitsverhältnisses nur dann, wenn das vorher ausbedungen ist, was im vorliegenden Falle nicht geschehen ist. Die Herren Rattowitzer Gewerbegericht hätten sich nur den § 119a der Gewerbeordnung anschauen brauchen, um sich vor der Fällung eines derartigen Urteils zu hüten. Soll ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis unberechtiglich lösen, ohne daß der Arbeitgeber sich jenen in § 119a vorgezeichneten Schadensersatz vorher ausbedungen hatte, (das kann man durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in der Arbeitsordnung geschehen), so kann der Arbeitgeber laut § 124b der Gewerbeordnung eine Entschädigung nur im Wege besonderer Klage vom Arbeiter fordern. Eine Aufrechnung dieser Forderung auf den vom Arbeitgeber an den Arbeiter nach zu zahlenden Lohn ist ganz unzulässig! Hier können nicht die ganz benachteiligten §§ 357 und 359 des B. G. B. herangezogen werden, wie das von dem Rattowitzer Gewerbegericht geschehen ist, hier kommt vielmehr § 394 des B. G. B. in Betracht, der da lautet: „Soweit eine Forderung der Klage nicht unterworfen ist, findet die Aufrechnung gegen diese Forderung nicht statt“. Der Lohn der hier in Betracht kommenden Maurer unterlag nach den Bestimmungen des Lohnbestimmungsgegesetzes der Herabsetzung für Forderungen wegen ungerichteten Schaben nst. nicht, da er nicht den Gesamtlöhne von 1500 Mk. im Jahre erreicht, die Herabsetzung des Arbeitgebers durfte also auch aus diesem Grunde auf den Lohn der Arbeiter nicht angerechnet werden.

Und das alles sagte das Rattowitzer Gewerbegericht nicht? Ja der Tat, es sagte das nicht — es sagte ja nicht einmal, daß es bei der Berechnung des Schadensersatzes den Arbeitern nicht sieben mal 2 Mk., sondern nur sechs mal 2 Mk. hätte anrechnen dürfen, außerdem wohl die Kolonnenweise sieben Tage, die Arbeitswoche aber nur sechs Tage hat!

Solche unrichtig fehlerhafte, die Interessen der Arbeiter schwer schädigende Gewerbegerichtsurteile fordern die höchste Kritik heraus, namentlich, als eine Korrektur dieser Art.

arbeit durch eine höhere Instanz ausgeschlossen ist. Vielleicht, veranlaßt die öffentliche Erörterung solcher gewerblichen „Rechtsprechung“ die Herren Richter doch endlich, sich auf ihre Pflicht zu besinnen.

* Beim bevorstehenden Wohnungswechsel richten wir an unsere Leser das bringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“-träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht“ nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen.

* Der Neubau der Feuerwache 2 auf der Ventzenstraße Nr. 61/63 ist nach anderthalbjähriger Bauzeit jetzt beendet und wurde gestern Vormittag der Sicherheits- und Marschalldeputation übergeben. Bei der Übergabe, die mit einer eingehenden Besichtigung sowohl des Feuerwehrgeländes wie der Marschallanlagen verbunden wurde, waren u. a. auch zugegen Stadtbaurat Wirtz, Branddirektor Goetz, Brandinspektor Viktorius und Brandmeister Scheller, dem die Leitung der Feuerwache übertragen wird und der dort Dienstwohnung erhält. Gleich nach der Uebernahme siedelte Mittags die Feuerwache 3 von der Friedrich-Wilhelmstraße 60/62 mit zwei Fahrzeugen in das neue Depot über. Nach Schluß der Ausstellung am Friebeberge kommen drei weitere Fahrzeuge dorthin.

* Leichtsinngige Spielerei. Am 23. d. M., Nachmittags, entkamen vier Schulkinder auf einem Lagerplatz zwischen der Uferstraße und dem Schwalbendamm ein Feuer, indem sie Stroh, Lumpen, Holz und Schlacke auf einen Haufen zusammenstapelten und dann anzündeten. Das Feuer wurde bald gelöscht, jedoch die in der Nähe stehenden Wohnhäuser verschont blieben. Die jugendlichen Taugenichtse wurden durch einen Schutzmann zur Verstrafung notiert.

* Unglücksfälle. Am 21. d. M., Nachmittags, ein Möbelwagen, an welchem ein anderer Wagen angehängt war, die Bräderstraße entlang fuhr, versuchte ein zehn Jahre alter Knabe, auf die Deichsel des angehängten Wagens zu klettern. Hierbei kam er zu Fall und geriet unter die Räder. Er erlitt sehr schwere Wunden, weshalb er dem Krankenhaus der Barnherzigen Brüder zugeführt wurde. — An demselben Tage verunglückte auf der Blauerstraße ein Lehrling, der auf einem mit Spiegelscheiben beladenen Rollwagen stand. Bei einem heftigen Hund fiel ihm eine schwere Scheibe auf den rechten Fuß, wodurch er einen Knöchelbruch erlitt. — Eine 29 Jahre alte Arbeiterin geriet in der Spinnerei auf der Lorenzstraße beim Putzen einer im Gange befindlichen Maschine mit der rechten Hand zwischen zwei Bahnräder, wodurch die Hand vollständig zermalmt wurde. Diese beiden Verunglückten fanden im Allerheiligen-hospital Aufnahme.

* Alarmierung der Feuerwehr. Am Sonntag Abend trafen auf der Oberen Chaussee junge Leute mit dem Abrennen von bengalischen Fögern Unfug, weshalb durch einen Mann ein Feuerwehler Blauer Chaussee 72 abgezogen wurde. — Infolge Kurzschlusses der Lichtleitung in dem Grundstück Zwingerstraße 14 gerieten am 26. d. M., Mittags, in einem Keller nach der Weinergasse die Sicherungen und ein Teil der Holzverkleidung in Brand. Löscht war vor Anfuhr der Feuerwehr. — Gestern Abend brach in einer Tischlerei Schießwenderplatz 30 ein Brand aus, der nach Einschlagen der Fenster und Einbrechen der Tür von Hausbewohnern gelöscht wurde. Die Feuerwehr konnte sich wesentlich auf die Abräumungsarbeiten beschränken.

* Grober Unfug. In letzter Zeit ist wiederholt wahrgenommen worden, daß die in den Anlagen des Südparks zur Verzierung der Anlagen um aufgestellten Mementafeln herausgerissen oder böswillig verbogen, durch Schlagen mit Stöcken beschädigt und dadurch unleserlich gemacht worden sind. Die Promenadenkommission scheidet demjenigen, der den Täter derart nachweisen kann, daß dessen gerichtliche Verurteilung erfolgt, eine Belohnung bis zur Höhe von 10 Mk. zu.

* Vermißt wird seit dem 22. d. M. das 23 Jahre alte Mädchen Helene Schütz, welches bei einer Familie Großschön-gasse 7 in Stellung war. Das Mädchen ist mit blauem Tuchkleid und hellbraunen Schuhen bekleidet.

* Unheimlicher Fund. Am 26. September wurde auf dem Grundstück Hünenstraße 47 beim Ausschachten in einer Tiefe von 2 Metern ein menschliches Skelett gefunden.

* Diebstahl. Einem Handelsmann wurde ein Fahrrad Marke „Siderus Greif“, Nr. 35791 gestohlen. Das Rad ist am Rahmen auffallend reich mit Perlmutteinlagen verziert. Einem sechs Jahre alten Mädchen wurden auf dem Christophorusplatz durch eine weibliche Person die goldenen Ohrringe entwendet und dafür ganz wertlose eingetauscht. Einem Restaurateur von der Böhmlerstraße wurden zwei blaue Samtgewänder und ein Kapierfischmedaillener vom Schindamm 15 Kupferbleche im Werte von 50—60 Mk. gestohlen.

* Einbruch. Am 25. d. M., Vormittags gegen 10 Uhr, verübte ein Buchdruckerlehrling einen Einbruch in ein Papiergeschäft auf der Berliner Chaussee, indem er einen Kasten der Seitentür zerbrach und diese öffnete. Sein Tun wurde aber bemerkt, worauf er versuchte, nach Zerstörung eines Fensters durch dieses zu flüchten. Da hier aber Leute standen, hob er die Jalousie vor der Ledertür in die Höhe und gelangte so ins Freie, wo man ihn sofort in Empfang nahm. Der Dieb muß schon oft Einbrüche in das Geschäft verübt haben, denn bei einer Hausdurchsuchung wurden Waren verschiedener Art vorgefunden.

* Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 24. und 25. d. Mts. 57 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden u. a.: ein goldenes Vincenzo, eine Handtasche, eine Pelzboa, ein Winterüberzieher und ein goldenes Medaillon. — Abgehoben kamen: ein Buch, betitelt „Fürst Bismarck“, ein Kollo Manufakturwaren, ein Korallenarmband und zwei Portemonnaies mit 10—15 Mk. und 50 Mk. — Entlaufen ist eine Perlekatze, gezeichnet H. P., vier Köpfe ohne Zeichen, ein silberner Leuchter und ein silbernes Messer, gezeichnet H. P., ein silberner Gemüßkessel, ein silbernes Buttermesser, ein Küchenmesser, ein Handtuch und ein Reifeled. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 57 des Polizeigefängnisses.

* Stadttheater. Heute Dienstag wird Richard Wagner's wunderliche Oper „Der fliegende Holländer“ wiederholt. Morgen Mittwoch geht Schalkspareis mit großem Beifall aufgenommenes Lustspiel „Was ihr wollt“ in Szene. Am Donnerstag gelangt in neuer Eintheilung Weber's romantische Oper „Oberon“ zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Darstellung. Freitag findet eine Wiederholung von Adams reizender Oper „Der Postillon von Lonjumeau“ statt. Für Samstagabend wird Beckers große Oper „Fidelio“ vorbereitet.

* Lustspieltheater. Richard Schornsteins Schauspiel „Water-lant“ wird heute Dienstag zum dritten Male gegeben. Morgen Mittwoch und am Freitag geht Lehars beliebte Operette „Der Kaktusblüher“ in Szene. Am Sonnabend wird Meyerling's bedauerliches Drama „Jabbar-Areik“ das in der vorigen Spielzeit über fünfzig Aufführungen erlitt, wieder ins Repertoire aufgenommen.

* Volkstheater. Heute Dienstag wird Richard Wagner's wunderliche Oper „Der fliegende Holländer“ wiederholt. Morgen Mittwoch geht Schalkspareis mit großem Beifall aufgenommenes Lustspiel „Was ihr wollt“ in Szene. Am Donnerstag gelangt in neuer Eintheilung Weber's romantische Oper „Oberon“ zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Darstellung. Freitag findet eine Wiederholung von Adams reizender Oper „Der Postillon von Lonjumeau“ statt. Für Samstagabend wird Beckers große Oper „Fidelio“ vorbereitet.